

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt tags vorher nachm. 4 Uhr. Abonnements-Preis vierteljährlich 1.50 M., monatlich 1 M., 1 monatlich 50 Pf. Einzelne Nummern 10 Pf.

Alle Kaiserlich. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen field Bestellungen auf die „Sächsische Elbzeitung“ an. Tägliche Roman-Beilage. Sonnabends:

„Illustriertes Unterhaltungsblatt“.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht, das Königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadtgemeinderat zu Hohnstein.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Lehmann, Schandau. — Druck und Verlag: Legler & Jenner Nachf.

Inseraten-Annahmestellen: In Schandau: Expedition Kaufstraße 134; in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureau von Haasenstein & Vogler, Invalidentent und Rudolf Mosse; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Tel.-Adr.: Elbzeitung.

Anzeigen, bei der werten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montag, Mittwoch und Freitag bis spätestens vormittags 9 Uhr anzugeben. Preis für die 5 gespaltenen Zeilen oder deren Raum 15 Pf. (tabellarische und komplizierte Anzeigen nach Uebereinkunft.) Auswärtige Anzeigen 20 Pf.

„Eingeladene“ und „Reklame“ 50 Pf. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Alle 14 Tage: „Landwirtsch. Beilage.“

Nr. 115.

Schandau, Donnerstag, den 25. September 1913.

57. Jahrgang.

Stadt-Sparkasse zu Schandau.

Geöffnet für Ein- und Rückzahlungen an jedem Werktag vormittags von 8—12 Uhr und nachm. von 2—4 Uhr.

Sonnabends durchgehend von 8—3 Uhr.

Zinsfuß 3 1/2 %.

Amtlicher Teil.

Die Wahl der Vertreter zum Ausschusse der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Hohnstein und Umgegend findet nicht Mittwoch, wie in der Bekanntmachung vom 17. d. M. — vergleiche Nr. 114 dieser Zeitung — angegeben ist, sondern

Donnerstag, den 23. Oktober 1913

im Hotel zur Sächsischen Schweiz in Hohnstein statt.

Pirna, am 22. September 1913.

Kgl. Amtshauptmannschaft. — Versicherungsamt. —

Öffentliche Zustellung.

1. Der Schützenhauswirt Johann Miethe in Schandau, 2. der Drogist Max Kanfer, daselbst, — Prozeßbevollmächtigter für beide: Rechtsanwalt Dr. Schmidt in Schandau — klagen gegen den Hofschauspieler Otto Eggerth, zuletzt in Dresden wohnhaft, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort,

zu 1: unter der Behauptung, daß Kläger für Beklagten in dessen Kurtrage Geldbeträge für Aufwendungen verlegt und ihm auf säufliche Bestellung Waren geliefert habe, wofür ihm der Beklagte 595,92 M. schuldig geworden sei, und daß ferner der Kaufmann Knüpfel dem Kläger eine ihm an den Beklagten zuteilende Kaufpreisforderung für Waren im Betrage von 54,08 M. abgetreten habe,

zu 2: auf Grund der Behauptung, daß Beklagter dem Kläger für auf säufliche Bestellung gelieferte Waren 36,48 M. schuldig geworden sei;

zu 1 und 2: daß die Parteien den Gerichtsstand Schandau vereinbart haben, mit dem Antrag auf kostenpflichtige vorläufig vollstreckbare Verurteilung des Beklagten zur Zahlung an den Kläger

zu 1: von 650 M. nebst 4 Prozent Zinsen seit dem Tage der Klagezustellung.

zu 2: von 36,48 M. nebst 4 Prozent Zinsen seit 1. September 1913. Der Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreites vor das Königliche Amtsgericht Schandau

auf den 27. November 1913, vormittags 9 Uhr

geladen.

Schandau, den 18. September 1913.

Der Gerichtsschreiber des Kgl. Amtsgerichts.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Donnerstag, den 25. September 1913, abends 1/8 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses

Tagesordnung:

1. Bekanntgabe eines ablehnenden Bescheides, die Herabsetzung der Gaspreise hiesigen Gaswerkes betr.
2. Erhöhung des Zinsfußes auf eine städtische Anleihe.
3. Erlaß von städtischen Abgaben.
4. Abkommen zwischen der Stadtgemeinde und der Akt.-Ges. „Elektra“ betreffs der auf dem neu erworbenen Ditrater Pargrundstücke befindlichen elektrischen Leitung.
5. Regelung der Gehaltsbezüge des städtischen Fahrstuhlführers.
6. Bewilligung von Mitteln zu feierlichen Veranstaltungen.
7. Rückübernahme des Stadtrats auf die diesseitigen Beschlüsse, die Stadtkassenrechnung 1911 betr.
8. Prüfung und Richtigsprechung der Servistassen- und Stützungskassenabrechnungen.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

Nichtamtlicher Teil.

Politische Tagesübersicht.

Der Kaiser weilt zurzeit wieder in der Waldeseinsamkeit seines ostpreussischen Jagdhauses Rominten, von wo aus er voraussichtlich nach dem Neuen Palais bei Potsdam zurückkehren wird.

Mehreinstellungen beim Heer. Durch die neue Heeresvorlage sind am 1. Oktober 1913 insgesamt 38467 Mann mehr einzustellen als bisher, und zwar 21835 Mann bei der Infanterie, 4487 Mann bei der Kavallerie, 4533 Mann bei der Feldartillerie, 3308 Mann bei der Fußartillerie, 1576 Mann bei den Pionieren, 1544 Mann bei den Verkehrstruppen und 1184 Mann beim Train. Außerdem kommen neu zur Einstellung 8625 Reitpferde und 6070 Zugpferde. Die Gesamt-Etatstärke des deutschen Heeres wird vom 1. Okt. 1913 ab betragen: 31459 Offiziere, 2480 Sanitätsoffiziere, 865 Veterinäre, 1593 Zahlmeister, 1294 militärische Beamte, 107794 Unteroffiziere, 647793 Mann, zusammen also 793288 Mann.

Die Marineverwaltung wird im Gebiet der Ostsee einen neuen Kriegshafen errichten und zwar an der Bucht bei Neustadt in der Nähe Kiels. Dieser Hafen soll in erster Linie der Torpedowaffe dienen, verbunden hiermit wird ein Torpedoversuchsschießhafen.

Ueber die Vermögenserklärung und erste Beitragsleistung für den Wehrbeitrag sind in letzter Zeit Nachrichten in der Presse verbreitet worden, die, wie verlautet, unzutreffend sind. Die Ausführungsbestimmungen zum Wehrbeitragsgesetz werden in der ersten Hälfte des vierten Quartals so rechtzeitig veröffentlicht werden, daß die Landes-Regierungen entsprechende Vorkehrungen treffen können. Der Zeitraum, innerhalb dessen die Vermögenserklärung abzugeben ist, dürfte innerhalb des Januar festgesetzt werden. Wenn behauptet wird, daß bis Ende Mai 1914 allgemein das erste Drittel des Wehrbeitrags von den Steuerpflichtigen bezahlt sein dürfte, so ist dies unrichtig. Man wird damit rechnen können, daß die Zustellungen sich zum Teil verzögern werden, was naturgemäß von der verschiedenartigen behördlichen Organisation, von der Größe der Steuerbezirke, sowie von der Prüfung hoher Einkommen abhängig sein dürfte. Somit wird vermuthlich damit gerechnet werden können, daß spätestens bis Ende April die letzten Steuerzettel zugestellt sein werden, woraus hervorgeht, daß die letzten Beiträge für das erste Drittel des Wehrbeitrags nicht bis Ende Mai, sondern bis Ende Juli bezahlt sein müssen. Die Zahlung des ersten Drittels des Wehrbeitrags würde demnach noch in das zweite Quartal 1914 hineinreichen, da die Beiträge innerhalb von drei Monaten nach der Zustellung gezahlt werden müssen. Die Veranlagung und Einziehung des Wehrbeitrags dürfte in den einzelnen Bundesstaaten

ganz allgemein den Behörden der direkten Steuerverwaltung übertragen werden.

Die deutsch-australischen Handelsbeziehungen sind dank den Bemühungen des Generalkommissars von Australien, Sir George Reid, in letzter Zeit nicht unerheblich gefördert worden. Es hängt dies mit dem Bestreben Australiens zusammen, seine Absatzgebiete im Ausland zu erweitern. Die neue Regierung beabsichtigt sogar, selbständig Handelsverträge mit den hauptsächlich in Betracht kommenden Ländern abzuschließen. Es bedarf kaum der besonderen Hervorhebung, daß alsdann auch der Absatz deutscher Erzeugnisse in Australien einen Aufschwung nehmen wird. Dem Beispiel anderer englischer Dominien folgend, hat nunmehr auch Australien eine Handelsvertretung zunächst in Berlin eingerichtet und beabsichtigt, solche Vertretungen auch in anderen deutschen Städten einzurichten. Eine eigene politische Vertretung kann Australien als englische Besetzung nicht ernennen.

Deutsches Waffenfabrikat als Sieger. Die „Zagl. Rundsch.“ schreibt: Es ist erfreulich, zu hören, daß in aller Stille das deutsche Waffenfabrikat wiederum einen erheblichen Sieg über seine Mitbewerber errungen hat. Bei dem Wettbewerb über die Bestückung der neuen niederländischen Küstenbefestigungen war eine ganze Reihe von Waffenfabriken zugelassen worden, die ihre Geschütze der holländischen Studienkommission vorführten. Von französischen Firmen waren Schneider-Creuzot, dann Saint-Chamont und Chatillon vertreten, von anderen ausländischen Armstrong, Vefors, Skoda, alles Firmen von Klang. Dann traten Krupp-Gruson, die rheinische Metallwahren- und Maschinenfabrik, sowie Krupp-Essen in Konkurrenz, die den Sieg errangen. Die gesamte Lieferung wurde der Firma Krupp in Essen übertragen. Der Sieg des deutschen Geschützfabrikates ist um so bemerkenswerter, als die Kommission außerordentlich genaue Prüfungen der einzelnen Geschützarten vorgenommen hat und in ihren Reihen eine bedeutende Anzahl von Anhängern der französischen Fabrik sich befindet, sodas also, wenn diese annähernd Gleichwertiges geboten hätte, aller Wahrscheinlichkeit nach die Entscheidung zugunsten des französischen Fabrikates gefallen wäre.

Erhöhte Staatsmittel zur Förderung der Rückwanderung in großem Maßstabe sollen zur Verfügung gestellt werden. Zur Begründung dieser Maßnahme schreibt eine aus offizieller Quelle schöpfende Korrespondenz: Mit Rücksicht auf die Entwicklung der Landarbeiterfrage und im Hinblick auf die zunehmenden günstigen Ergebnisse der Rückwanderung erweist es sich als wünschenswert, daß sich die Regierung in größerem Maßstabe als bisher bemüht, eine Rückwanderung der deutschen Elemente im großen herbeizuführen. Ein Teil der deutschen Rückwanderer ist durch den Fürsorgeverein für deutsche

Rückwanderer bereits in Deutschland untergekommen, was auch zum Teil in den Ansiedlungsprovinzen geschehen ist, und auch die Landwirtschaftskammer bemüht sich um die Ansiedlung, so auch in den Provinzen Schleswig-Holstein und Westfalen. Sind auch nicht alle Elemente, die unter den Rückwanderern sich befinden, als wertvoll anzuspreehen, so ist doch der größere Teil von ihnen durchaus brauchbar.

Die Zuckerfrage. Die „Deutsche Tagesztg.“ schreibt: In den jetzt schwebenden Verhandlungen über den neuen amerikanischen Zolltarif ist die deutsche Landwirtschaft in der Hauptsache an der Zuckerfrage interessiert. Nach vielen Hin- und Herverhandlungen scheint es bezüglich des Zuckers künftig ungefähr auf folgendes herauszukommen: Vom 1. März 1914 an wird der Zuckerkoll um 25 Prozent reduziert und mit dem 1. März 1916 tritt völlige Zollfreiheit ein, und zwar sowohl für Rohzucker wie für raffinierten Zucker. Ja, es heißt (doch das steht noch nicht genau fest), daß auch schon mit dem 1. März 1914 der Zollunterschied für rohen und raffinierten Zucker fallen soll. Es ist das doch nur so zu verstehen, daß auch für raffinierten Zucker der Zoll für Rohzucker in Anwendung kommen soll. Durch die Reduktion des Zuckerkolles, vor allem bei einer völligen Zollfreiheit für Zucker, würde Deutschland wieder mehr als bisher auf dem amerikanischen Zuckermarkt konkurrenzfähig werden, was ihm jetzt gegenüber dem mit besonderen Einfuhrvergünstigungen versehenen kubanischen Rohzucker sehr schwer wird. Jedenfalls ist unsere früher so blühende Zuckerausfuhr nach den Vereinigten Staaten stark zurückgegangen, nicht zum wenigsten infolge der amerikanischen Zollschikanen. Es steht zu hoffen, daß wenigstens vom März 1916 an sich unsere Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten wieder entsprechend heben wird.

Die Warenhaussteuer. Neuerdings hat Baden seine Warenhaussteuer erhöht, Hessen hat eine Warenhaus- und Filialsteuer geschaffen, die als Umsatzsteuer oder als Zuschlag zur Gewerbesteuer erhoben werden kann. In verschiedenen hessischen Städten ist sie bereits zur Einführung gelangt. Bemerkenswert ist auch der Stand der Warenhausentwicklung in Preußen. Hier hatten, nach den Angaben des „Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser“, im Jahre 1911 im ganzen 108 warenhauspflichtige Betriebe einen steuerpflichtigen Umsatz von 296 Millionen Mark und einen gewerbesteuerpflichtigen Betrag von rund 14 Millionen Mark. Interessant ist ferner die Feststellung, die der Verband selbst macht, daß sich dieser Umsatz auf 7400 Kleinbetriebe mit durchschnittlich 40000 Mark verteilten würde. Aus diesen Zahlen ist also ersichtlich, daß die immer stärkere Entwicklung der Warenhäuser Tausenden Detailgeschäften die Existenzmöglichkeit raubt.